

Londoner Verhandlungen auf dem toten Punkt.

London, 20. Juli. Der Hauptauschuß des Nichteinmischungs-Ausschusses beschloß in seiner Dienstagsvormittags-Sitzung, einen technischen Unterausschuß zur Ausarbeitung der Einzelheiten der in den spanischen Häfen zu errichtenden Nichteinmischungskontrolle einzusetzen.

Bei der weiteren Beratung des britischen Planes gerieten die Verhandlungen am Nachmittag jedoch auf einen toten Punkt, da man sich nicht über die Reihenfolge, in der die einzelnen Punkte des englischen Planes behandelt werden sollen, einigen konnte. Der italienische Botschafter Graf Grandi verlangte, daß genau nach der im englischen Plan vorgesehene Reihenfolge die einzelnen Punkte durch-

gesprochen werden sollten, wie das bisher stets in ähnlichen Fällen geschehen sei, während der Vorsitzende Lord Plymouth anschließend an die Behandlung der Frage der Hafenskontrolle die Frage der Zurückziehung der Freiwilligen vorzugsweise behandelt wissen wollte.

Da hierüber nach längerer Aussprache keine Einigung erzielt werden konnte, wurde die Sitzung vertagt, um den Vertretern Gelegenheit zur Einholung neuer Anweisungen zu geben. Eine weitere Sitzung des Nichteinmischungs-Ausschusses konnte vorerst noch nicht festgesetzt werden. Inzwischen tritt am Donnerstag der oben erwähnte technische Unterausschuß zusammen.

wie sie der französische Vertreter erwähne, erzielt worden sei. Er fordere nur, daß der im englischen Plan vorgesehene gefolgt werde.

Der sowjetrussische Vertreter erklärte,

daß der ganze englische Plan von den Fragen abhängt, die sich auf die Zurückziehung der ausländischen Freiwilligen bezögen. Er sei daher der Ansicht, daß der Unterausschuß zuerst dieses Problem in Angriff nehmen solle; er unterstütze die Vorschläge des Vorsitzenden.

Der portugiesische Vertreter sagte,

daß die Vorschläge des englischen Planes ein ausbalanciertes Ganzes darstellten, und daß jeder Vorschlag erörtert werden müßte, bevor irgend ein endgültiger Beschluß zu irgendeinem der Vorschläge erzielt werden könnte, also auch bevor irgendein Herantreten an die spanischen Streitparteien hinsichtlich der drei im Abschnitt 9 des englischen Planes angeführten Fragen erfolgen könnte. Das einfachste wäre es, die im englischen Plan enthaltene Zeitordnung zu befolgen, obwohl das für ihn keine grundlegende Frage sei.

Nach weiteren Besprechungen schlug Lord Plymouth vor, daß Abschnitt 2 des englischen Planes (Überwachung des auf dem Landwege in Spanien eintreffenden Handels) als Teil von Artikel 1 des Abschnittes 9 (Einsetzung von Beamten in spanischen Häfen) erörtert werden solle, was ausgereicht, daß es klar sei, daß als nächster Erörterungspunkt Artikel 2 vom § 9 (Zurückziehung der ausländischen Freiwilligen einschließlich der Einsetzung von Kommissionen in Spanien, an die Reihe komme.

Der italienische Vertreter erklärte hierauf noch einmal, daß er diesen Vorschlag nicht annehmen könne, da die italienische Regierung der Ansicht sei, daß die ursprüngliche Reihenfolge aufrechterhalten werden solle.

Lord Plymouth sagte hierauf, es sei klar, daß keine Vereinbarungen über den von ihm gemachten Vorschlag für die Reihenfolge der Erörterungen erzielt werden könnte. Er schlug vor, daß unter diesen Umständen der Unterausschuß sich vertagen solle, um es ihm und den anderen Vertretern zu ermöglichen, mit ihren jeweiligen Regierungen über die Lage, die sich ergeben habe, Rücksprache zu nehmen. Diefem Verfahren wurde zugestimmt.

Meinungsverschiedenheiten über grundsätzliche Fragen.

Amtliche Verlautbarung über die Sitzung des Hauptunterauschusses.

London, 21. Juli. Ueber die Dienstagssitzung des Hauptunterauschusses des Nichteinmischungs-Ausschusses wurde eine längere Verlautbarung ausgegeben.

Zunächst wird auf die zu Beginn der Vormittags-Sitzung unterbreiteten Vorschläge des Vorsitzenden Lord Plymouth hingewiesen. Lord Plymouth wünschte, daß zunächst eine grundsätzliche Vereinbarung über die drei Hauptfragen erreicht werden könne, die ein Herantreten an die beiden Streitparteien erforderten. Mit diesem Ziel vor Augen solle der Unterausschuß zunächst die im Abschnitt 9 der britischen Vorschläge angeführten drei Probleme in folgender Reihenfolge in Angriff nehmen:

- 1. Einlass von Beamten in den spanischen Häfen; 2. Zurückziehung der ausländischen Freiwilligen einschließlich des Einlasses von Kommissionen in Spanien; 3. Bedingungen, unter denen die Rechte der Kriegführenden zu gewährt sind.

Der italienische Vertreter erklärte,

er stimme darin überein, daß es dringlich sei, eine Formel zu finden, die als Grundlage für die Verhandlungen zwischen dem Ausschuß und den beiden Streitparteien dienen könne. Er schlug vor, daß der Unterausschuß eine Vereinbarung über die folgenden Punkte erzielen solle: 1. Feststellung, daß das System der Flottenpatrouillen nicht mehr in Kraft ist; 2. die sofortige Wiederherstellung des Überwachungssystems der spanischen Landgrenzen; 3. ein sofortiges Herantreten an die spanischen Parteien, um festzustellen, ob sie bereit sind, in ihren Häfen die Beobachter des Ausschusses zuzulassen.

Der deutsche Vertreter erklärte,

daß nach Ansicht der deutschen Regierung der Auftrag der Flottenkontrolle, den der Ausschuß sowohl an England und Frankreich als auch an Deutschland und Italien erteilt habe, mit der Zurückziehung der beiden letztgenannten Mächte von der Kontrolle zu einem Ende gekommen sei. In der allgemeinen Frage der Reihenfolge, in der der Ausschuß an seine Aufgabe herangehen soll, sei er bereit, alle im englischen Plan aufgeworfenen Punkte zu erörtern.

Er könne aber nicht einem Verfahren zustimmen, daß die Wirkung haben würde, die Frage der Kriegführenden-Rechte in derselben Weise zu erörtern, wie die Frage des Goldes der Bank von Spanien.

Lord Plymouth erklärte,

er habe nicht vorausgesehen, daß die Frage der Zurückziehung des übrig bleibenden Teiles der Flottenkontrolle, nämlich der noch von der englischen und französischen Flotte durchgeführten Kontrolle, in der jetzigen Sitzung aufgeworfen werde, da seine Regierung der Ansicht sei, daß andere Fragen von größerer Dringlichkeit vorlägen. Er habe keine Anweisungen, zu den von den deutschen und dem italienischen Vertreter aufgeworfenen Punkten Stellung zu nehmen, nehme aber Kenntnis von den von ihnen ausgedrückten Ansichten, die er seiner Regierung mitteilen wolle. Er werde um Anweisungen zu diesen Fragen bitten.

Nach einer weiteren allgemeinen Besprechung wandte sich der Unterausschuß demjenigen Teil des englischen Vorschlages zu, der sich auf die Postierung internationaler Beobachter in den spanischen Häfen bezieht. Die Vertreter des Unterausschusses stimmten dem Grundgedanken einmütig zu, daß eine Maßnahme nach diesen Richtlinien in den allgemeinen Plan aufgenommen werden solle, der später den beiden Parteien in Spanien vorzulegen sei. Ferner einigte sich der Unterausschuß darüber, um den technischen Ausschuß neu zu erwägen, welche Punkte hinsichtlich des obigen Vorschlages in die geplante allgemeine Aufforderung an die spanischen Parteien hinsichtlich des Gesamtplanes aufgenommen werden sollen.

Zu Beginn der Nachmittags-Sitzung schlug Lord Plymouth vor, daß der Unterausschuß die Zurückziehung der Freiwilligen einschließlich der Einsetzung von Kommissionen in Spanien erörtern solle.

Der italienische Vertreter sagte,

daß er nicht in der Lage sei, diesem Punkt zuzustimmen. In der Vormittags-Sitzung sei nur ein Punkt für die Wiederherstellung der Kontrolle angeknüpft worden, nämlich die Einsetzung internationaler Beobachter in den spanischen Häfen.

Bevor der Unterausschuß irgendeine andere Frage erwäge, sei es wichtig, daß andere Teile der englischen Vorschläge hinsichtlich des Kontrollplanes erörtert würden. Er wies besonders auf die „Überwachung des auf dem Lande in Spanien ankommenden Handels hin, eine Frage, die im Abschnitt 2 vom Teil A behandelt werde. Gegenwärtig werde die Kontrolle nur gegen Gebiete ausgeübt, die unter der Rechtsprechung der spanischen nationalen Regierung ständen.

Er fordere nur, daß der Unterausschuß die Zeitordnung befolge, in der die verschiedenen Vorschläge im englischen Plan angeführt seien.

Der französische Vertreter erklärte,

daß die Frage der Landkontrolle mit derjenigen der Flottenkontrolle verknüpft sei. Nach seiner Ansicht sei es unmöglich, die Landkontrolle wieder herzustellen, bevor ein neues System der Seekon-

trolle an Stelle der früheren Küstenpatrouillen getreten sei. — Der Sowjetvertreter unterstützte diese Ansicht.

Der deutsche Vertreter

stimmte mit der von dem italienischen Vertreter ausgedrückten Ansicht überein, und wies darauf hin, daß im Abschnitt 2 des englischen Planes ausdrücklich erklärt werde, daß das System der Überwachung an den Landesgrenzen sofort wiederhergestellt werden solle. Wie könnte dies getan werden, wenn die Erwägung dieser Frage in der vorgeschlagenen Weise verschoben würde?

Der französische Vertreter erklärte,

die logische Reihenfolge, in der man an den Plan herangehe, müsse, sei die von Lord Plymouth angeführte, da die drei im Abschnitt 9 des englischen Planes angeführten Fragen diejenigen seien, die ein Herantreten an die spanischen Parteien erforderten. Jeder Teil des englischen Planes müßte erörtert werden, aber das vernünftigste Verfahren würde dahin gehen, eine Erwägung der anderen Teile des Planes aufzuschieben, bis eine Vereinbarung über diese drei Fragen erreicht sei.

Der italienische Vertreter

antwortete hierauf, daß, so viel er wisse, in der Vormittags-Sitzung keine Vereinbarung über eine solche Zeitordnung,

In einer Sadgasse verrannt.

In Paris ist man unangenehm überrascht.

Paris, 21. Juli. Das Ergebnis der Dienstagvormittags-Sitzung hat in der französischen Öffentlichkeit große Ueberraschung hervorgerufen. Man verheißt sich nicht die Tragweite dieser Vertagung und die Tatsache, daß damit die Nichteinmischungsverhandlungen in eine Sadgasse geraten sind. Wie nicht anders zu erwarten war, wird versucht, die Schuld an der Vertagung hauptsächlich Italien und Deutschland zuzuschreiben. — Die rechtsstehende „Epoque“ meint, die gestrige Aussprache vor dem Unterausschuß habe tiefgehende Meinungsverschiedenheiten über den als Verhandlungsgrundlage angenommenen englischen Kompromißvorschlag zutage gebracht. Sowjetrußland weigere sich, Franco die kriegsführende Eigenschaft anzuerkennen, was ziemlich merkwürdig sei, da es doch letzten Freitag den englischen Kompromißvorschlag zugestimmt habe. Italien weigere sich, über die Zurückziehung der Freiwilligen zu verhandeln, wenn General Franco nicht vorher die kriegsführende Eigenschaft zuerkannt würde.

Die „Action Française“ sieht in der Tattil der einzelnen Vertreter des Ausschusses den Wunsch, Zeit zu gewinnen.

Doch arbeite die Zeit nur gegen Frankreich. Das Blatt spricht die Hoffnung aus, daß möglichst bald eine Lösung gefunden werde, die es gestatte, aus der Sadgasse herauszukommen. Leider habe aber der sowjetrussische Botschafter, indem er sich von seinem Eifer für die Kommunisten von Valencia fortreißen ließ, unzweideutig erklärt, daß seine

Regierung auf keinen Fall die Idee der Zuerkennung der kriegsführenden Eigenschaft an Franco anerkennen werde. Dieses ungeschickte Geständnis belaste nun sehr die Sowjets mit einer schweren Verantwortung, worum sie man nun noch über Kontrolle und Rückberufung der Freiwilligen diskutierten, wenn die Bolschewisten doch entschlossen seien, auf die dritte Frage des englischen Planes (Zuerkennung der kriegsführenden Eigenschaft) negativ zu antworten?

London erhofft Fortsetzung der Nichteinmischungsverhandlungen noch in dieser Woche.

London, 21. Juli. Die „Times“ berichtet von einem Streit um die Reihenfolge, in der Erörterung der einzelnen Punkte der Vorschläge. „Daily Mail“ meint, die Sitzung habe gezeigt, daß noch große Schwierigkeiten bevorstünden, bevor man zu einer endgültigen Einigung gelangen werde. Aus italienischen Kreisen in London berichtet das Blatt, Graf Grandi habe keine Einwendungen gegen die vorgeschlagene Reihenfolge in der Erörterung der einzelnen Punkte gemacht, um die Beratungen vor einem frühzeitigen und ersten Aufeinanderstoßen der Meinungen zu bewahren. Er wünsche die Zuerkennung der kriegsführenden Rechte vor der Zurückziehung der ausländischen Freiwilligen zu erörtern. Vernon Bartlett schreibt in der „News Chronicle“, die Arbeiten des Ausschusses seien fortunterbrochen, ohne das man wisse, wann eine neue Sitzung des Ausschusses stattfinden werde. Man hoffe jedoch, daß die nächste Sitzung zum Donnerstag oder Freitag abberaumt werde.

Sparen und Rüsten.

Bolksfrontregierung beschleunigt Aufrüstung.

Paris, 21. Juli. Bei der Einweihung einer neuen Fabrik, die eine verstaatlichte Flugzeugbaugesellschaft in Bouguenais bei Nantes errichtet hat, ergriß Luftfahrtminister Pierre Cot das Wort und machte einige bemerkenswerte Mitteilungen über den Stand der französischen Luftwaffe.

Innerhalb des einen Jahres der Verstaatlichungspolitik, so erklärte der Luftfahrtminister, sei die Zahl der modernen Flugzeuge, die bei der Luftwaffe in Dienst gestellt wurden, um 80 v. H. gestiegen. Frankreichs Bombardierungsmöglichkeiten seien um 500 Prozent gesteigert worden. Das industrielle Erzeugungsvermögen sei innerhalb eines Jahres verdoppelt worden. In diesem Jahr werde Frankreich 30 v. H. mehr Militärflugzeuge herstellen, als in dem an und für sich schon produktionsstarken Jahr 1935 bis 1936. Im Jahre 1938 werde der Prozentfuß auf 60 v. H. steigen. Dann werde Frankreich ein Werkzeug in der Hand haben, das seinen Bedürfnissen entspreche.

Als die Volksfront, so erklärte Cot ferner, die Regierung übernahm, sollte die Luftwaffe einen Plan zur Indienststellung von 1023 Apparaten verwirklichen. Die noch nicht verstaatlichte Industrie habe damals in zwei Jahren mit großer Mühe und dank reichlicher Kredite 60 Prozent dieses Planes erfüllt.

Die Volksfront habe dann an die Stelle dieses Planes der 1023 Flugzeuge den Plan von 1500 gesetzt, der die Stärke des französischen Luftheeres verdoppeln würde.

Mit Hilfe der Verstaatlichung der Industrie werde man schon im Frühjahr 1939 über alles hierfür erforderliche Material verfügen.

Frankreich habe die Industrie, die es brauche, und die in den Rahmen seiner Möglichkeiten passe, in der Hand. Noch mehr zu unternehmen, hieße für die Zukunft Arbeitslosigkeit und Verschwendung heraufbeschwören.

Bonnet wird das Sparen schwer gemacht.

Rüstungskredite von 6 auf 11 Milliarden Franken erhöht.

Paris, 21. Juli. Die für 1938 für die nationale Verteidigung bewilligten Kredite in Höhe von 6 Milliarden Franken werden nunmehr trotz der Sparpolitik des Finanzministers Bonnet auf 11 Milliarden Franken erhöht. Wie einige Blätter schon am Dienstag berichteten, hat der Kriegsminister Daladier verstanden, den gestrigen Ministerrat von der Notwendigkeit einer Erhöhung der Ausgaben insbesondere für die Modernisierung der technischen Mittel der Armee, zu überzeugen und sich gegenüber Bonnet durchzusetzen, der ursprünglich seine Einsparungspläne auf dieses Gebiet erstreckt wissen wollte. Der Minister hat gestern den Forderung Daladiers stattgegeben und seine Vorschläge unterzeichnet.

„Der Kreis um den Bombenattentäter muß ausgerottet werden.“

Ein Aufruf des Warschauer Stadtpräsidenten. Warschau, 20. Juli. Der Vorsitzende des städtischen Ausschusses der Nationalen Einigung, der Warschauer Stadtpräsident Starzynski, erklärt einen Aufruf, in dem gefordert wird, daß der Kreis, dem der Attentäter entstamme, ausgerottet werde. Der Aufruf, der auch von dem Leiter der Lager der Nationalen Einigung, der im Aufruf die Nationalen Arbeiter die Aufgabe der Zusammenfassung der Nation übernommen habe, sei ein Beweis für die breitere patriotische Betätigung der Arbeiter und die so schnell wie möglich ausgerottet werden müßten.

